



Forum für politisch verfolgte  
und inhaftierte Frauen  
der SBZ/SED-Diktatur e.V.

## **Schriftliche Stellungnahme des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.**

**für die öffentliche Anhörung am Mittwoch, 6. November 2024**

**des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung "Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR" (BT-Drs. 20/12789)**

### **Vorbemerkung**

Vor fünf Jahren wurde das Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur gegründet. Ziel des Forums ist es, die Schicksale der Frauen, die in der SBZ und der SED-Diktatur als Unschuldige staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um nachhaltig demokratisches Bewusstsein zu stärken. Besondere Formen der Repressionen gegen inhaftierte Frauen wie sexuelle Gewalt, Androhung der Kindeswegnahme, erzwungene Adoptionen und deren Langzeitfolgen sollen dargestellt und öffentlichkeitswirksam benannt werden. Hierbei richtet sich unser Blick nicht nur auf die verfolgten Frauen, sondern insbesondere auch auf die Kinder, die ebenso an den weitreichenden Folgen der erlebten Repression zu tragen haben.

Das Forum ist Mitglied der UOKG e.V. (Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft) und arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Vorstand um dem Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski und der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke zusammen, die immer wieder unsere Anliegen in die Politik und Öffentlichkeit trägt.

In zwei Resolutionen zum ersten und zweiten bundesweiten Frauenkongress (August 2021 und Oktober 2023) hat das Forum Positionen zur Verbesserung der Situation der Betroffenen von SED-Unrecht und zur Stärkung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED/SBZ-Diktatur formuliert. Die beiden Resolutionen sind Grundlage der vorliegenden Stellungnahme. Gleichzeitig unterstützt das Forum ausdrücklich die Stellungnahmen der UOKG und der SED-Opferbeauftragten, in denen auf eine ausreichende Würdigung der Zwangsaussiedelten, die Einführung eines generellen Zweitantragsrechts, der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung bei der Opferrente, die Berücksichtigung von Zersetzungsopfern außerhalb der DDR und die Aufnahme weiterer Opfergruppen, wie die Dopingopfer hingewiesen werden. In der vorliegenden Stellungnahme soll auf drei Aspekte verwiesen werden, die von besonderer Bedeutung für eine großen Anzahl von politisch Verfolgten sind.

### ***Grundlegende Verbesserung der Anerkennung der Kinder von politisch Verfolgten***

Aktuell haben die Kinder von politisch Verfolgten nur im geringen Umfang Zugang zu Hilfen und Leistungen, da diese sich fast ausschließlich auf die politisch verfolgten Elternteile beziehen. In umfangreichen Forschungen und insbesondere in der Arbeit der Beratungsstellen wird wiederkehrend deutlich, dass auch die Kinder von politisch Verfolgten mit tiefgreifenden Folgen der erlebten Repression in den Familien zu kämpfen haben. Aus Sicht des Frauenforums sollten daher die zentralen Leistungen aus den Rehabilitierungsgesetzen, wie bspw. die Opferrente, auch für Kinder von politisch Verfolgten geöffnet werden. Ebenso sollte auch der bundesweite Härtefallfonds Angehörigen von politisch Verfolgten Möglichkeiten zur Unterstützung bieten.

### ***Verbesserung der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden***

In seiner Rede zur Eröffnung der Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck am 11. Juni 2024 warb der Bundespräsident dafür, dass „die Politik schnell eine Lösung findet, um all jenen Frauen und Männern unbürokratisch noch besser zu helfen, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren und bis heute unter seelischen und körperlichen Folgen leiden.“ Aus Sicht des Frauenforums sollte die Politik endlich handeln, damit die Betroffenen Gerechtigkeit erfahren und notwendige Unterstützung erhalten.

Wie die UOKG, die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und weiterer Organisationen unterstützt auch das Forum den Vorschlag der SED-Opferbeauftragten zur Einführung eines vereinfachten Anerkennungsverfahrens nach dem Vorbild der Soldatenversorgung, bei dem auf den Nachweis der Kausalität verzichtet werden kann, ausdrücklich. Gerade für ehemalige weibliche politische Gefangene ist es immer wieder demütigend, dass die Ämter in Frage stellen, dass ihre heutigen gesundheitlichen Schädigungen nicht mit den traumatischen Erlebnissen der Haft, die häufig begleitet waren von Kindsentzug, in Verbindung stehen. Neben einer neuen gesetzlichen Regelung sollten aus Sicht des Frauenforums alle in den Verfahren beteiligten Personen, wie die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Ämtern, für das Thema politische Verfolgung in der SBZ und der DDR geschult und sensibilisiert werden, um demütigende Antragsverfahren zu vermeiden.

### ***Keine Schlechterstellung der Empfängerinnen und Empfänger der Opferrente gegenüber den früheren Systemträgern***

Für viele tausende politisch verfolgte Frauen hat die erlebte Repression in der DDR Folgen, die bis zum heutigen Tag andauern. Neben den gesundheitlichen Folgen leben viele dieser mutigen Frauen, die in der SED-Diktatur Widerspruch übten, heute in Armut. Gleichzeitig müssen die politisch Verfolgten erleben, dass die Menschen die für ihr Leid Verantwortung tragen, heute in finanziell sicheren Verhältnissen leben und nicht mit den Ängsten der Altersarmut konfrontiert sind. Im Gegenteil haben die DDR-Staatsbediensteten in den letzten Jahren üppige Rentenerhöhungen erhalten, während die Opferrente nicht erhöht wurde. Diese Ungerechtigkeit darf sich nicht länger fortsetzen. Wir bitten die Politik daher, dass auch die Opfer von den Rentenerhöhungen der letzten Jahre profitieren, in dem die Opferrente vor der geplanten Dynamisierung in mindestens gleicher Höhe, wie die Renten der früheren DDR-Staatsbediensteten, erhöht wird.